

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader (LINKE)**

vom 10. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Dezember 2020)

zum Thema:

**Antiziganistische Vorfälle in Berlin (II)**

und **Antwort** vom 22. Dez. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Dez. 2020)

Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE) und Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25 891  
vom 10. Dezember 2020  
über Antiziganistische Vorfälle in Berlin (II)

-----

Der Senat ist sich des Stellenwerts des Fragerechts der Abgeordneten bewusst und die Beantwortung Schriftlicher Anfragen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses nach Artikel 45 Absatz 1 der Verfassung von Berlin hat eine sehr hohe Priorität. Gegenwärtig konzentriert der Senat seine Arbeit und seinen Ressourceneinsatz aber auf die Bekämpfung der infektionsschutzrechtlichen Gefährdungslage für die Berliner Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage im Namen des Senats von Berlin wie folgt:

1. Wie viele antiziganistische Vorfälle hat der Senat seit Einführung des Unterthemas Antiziganismus beim Themenfeld „Hasskriminalität“ in Berlin verzeichnet? (Bitte einzeln nach Delikt, Datum, Kurzsachverhalt und Bezirk aufschlüsseln.)

Zu 1.:

Grundlage für die Beantwortung der Anfrage bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich anders als bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangstatistik. Das bedeutet, dass der Fall sofort gezählt wird, wenn er bekannt wurde und nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen und unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren eingeleitet oder an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen. Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzten Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen - gegebenenfalls bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil - einer fortlaufenden Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Neuere Erkenntnisse können demgemäß zu einer

Aktualisierung oder zu Änderungen führen. Darüber hinaus können Fälle der PMK auch erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

Es werden nur die Fälle gezählt, die gemäß den bundesweit verbindlichen Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Rahmen des KPMD-PMK für Berlin statistisch zu zählen sind. Liegt der Tatort in einem anderen Bundesland, wird der Fall dort statistisch gezählt, auch wenn die Sachbearbeitung im Zuständigkeitsbereich der Polizei Berlin verbleibt.

Das Unterthema „Antiziganismus“ wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2017 eingeführt. Daher liegen erst ab diesem Zeitpunkt statistische Angaben vor. Aufgrund von Erfassungsrückständen liegen derzeit keine vollständig verlässlichen Fallzahlen für 2020 vor. Es wurden weitere Ressourcen bereitgestellt, um die Erfassungsrückstände aufzuarbeiten.

Für die Jahre 2017 bis 2020 (Tag der Erhebung: 14. Dezember 2020) wurden bislang insgesamt 56 Fälle erfasst, denen das Unterthema „Antiziganismus“ zugeordnet wurde.

Eine detaillierte Darstellung im Sinne der Fragestellung ist der Anlage zu entnehmen.

2. Mit welchen konkreten Methoden begegnen Mitarbeiter\*innen welcher Berliner Sicherheitsbehörden antiziganistischer Hetze seit Einführung des Landesantidiskriminierungsgesetzes?

Zu 2.:

Es wird zunächst auf die Beantwortung der Frage 2 in der Drucksache 18/20454 verwiesen. Die dort beschriebenen Maßnahmen haben nach wie vor Bestand.

Darüber hinaus sind bei der Zentralstelle für Prävention beim Landeskriminalamt der Polizei Berlin (LKA PräV) vier Ansprechpersonen für interkulturelle Aufgaben tätig. Sie pflegen strategisch und gemeinsam mit den fachlich zuständigen Abteilungen des LKA und der Polizeiakademie u.a. zum Thema Antiziganismus die in- sowie externe Netzwerkarbeit, begleiten die internen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durch fachliche Beratung und steuern und halten Informationen, u.a. zum Landesantidiskriminierungsgesetz sowie Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit, vor.

Derzeit wird federführend durch LKA PräV ein Fortbildungskonzept für die Führungskräfte zur Thematik Hasskriminalität entwickelt, welche die Wissensvermittlung zu und Auseinandersetzung mit allen Phänomenen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beinhaltet.

Antiziganismus ist ein elementarer Bestandteil rechtsextremistischer Ideologie. Sinti und Roma sind durchgängig Feindbild von Rechtsextremisten. Daher wird Antiziganismus im Rahmen der Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen durch den Berliner Verfassungsschutz bearbeitet.

3. Welche zusätzlichen Maßnahmen wurden seit der Beantwortung unserer Schriftlichen Anfrage auf Drs.18/20454 für eine Sensibilisierung mit dem Thema Antiziganismus eingeführt? (Bitte einzeln nach Maßnahmen aufschlüsseln.)

Zu 3.:

Es wird zunächst auf die Beantwortung der Frage 3 in der Drucksache 18/20454 verwiesen.

Folgende Maßnahmen wurden seitdem durch die Abteilung Antidiskriminierung (LADS) der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (SenJustVA) eingeführt:

<b>Träger</b>	<b>Projekt</b>	<b>Projekt-start</b>	<b>Anmerkung</b>
Amaro Foro - transkulturelle Jugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma e. V.	Diversity-Kompetenz als Schlüsselqualifikation in Leistungsbehörden und Sozialberatungsstellen – Schwerpunkt: Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit für Roma	15.07. 2019	Gefördert durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin Brandenburg e.V.	Anti-Rassismus-Training für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zum Schwerpunkt Diskriminierung von Sinti und Roma	01.09. 2019	Gefördert durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Das Projekt wurde vom Landesverband Deutscher Sinti und Roma zum 31.07.2020 beendet.
RomaniPhen e.V.	„Kommt, wir lernen zusammen! Aven, sikla ketne!“ Projekt zur Entwicklung von Bildungsmaterialien für Kita und Grundschule, Empowerment von Kindern mit Romno Hintergrund, Sensibilisierung von pädagogischen Fachkräften in Kita und Grundschule	01.01. 2021	Gefördert durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Amaro Foro e.V. Amaro Foro - transkulturelle Jugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma e. V.	Modellprojekt zur Sensibilisierung von Medienschaffenden für Antiziganismus im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie Leben"	01.01. 2020	Kofinanzierung zum aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Modellprojekt; Gefördert durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremis-

			mus, Rassismus und Antisemitismus
RomaniPhen e.V.“	NeviPhen – Online Lernplattform Romnja*-Power“	01.06. 2020	Gefördert durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Im September 2019 wurde unter der Leitung der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration der Roma- und Sinti-Arbeitskreis konstituiert. Daran nehmen Berliner Roma- und Sinti-Organisationen und Roma- und Sinti-Aktivistinnen und -Aktivisten teil. Die neu geschaffene Struktur dient der Beteiligung der Roma- und Sinti-Organisationen und Roma- und Sinti-Aktivistinnen und -Aktivisten bei der Gestaltung von Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe der ethnischen Minderheit sowie der Öffnung der Verwaltungen. In diesem Gremium wird u.a. der Wunsch der Community, einen Roma- und Sinti-Beirat einzurichten, verfolgt.

Im Oktober 2020 startete der Programmdialog zwischen den im Rahmen des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma geförderten Trägern und der Verwaltung. Dieser zielt u.a. darauf ab, eine Vernetzung mit einschlägigen zivilgesellschaftlichen Berliner Antidiskriminierungsprojekten und Verwaltungsantidiskriminierungsstrukturen zwecks Identifizierung und Analyse von Diskriminierungsmechanismen sowie Vermittlung von Handlungsmöglichkeiten bei antiziganistisch motivierten Vorfällen zu ermöglichen. Der Programmdialog wird als Dienstleistung von dem Träger Minor - Wissenschaft Gesellschaft mbH bis Ende 2021 umgesetzt und durch die Integrationsabteilung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) gefördert.

Im Bereich Community Building wurden in Folge zweier im Jahr 2020 durchgeführter Ausschreibungen zwei Roma-Organisationen ausgewählt, die ab 2021 Maßnahmen auch im Bereich der Sensibilisierung zum Thema Antiziganismus und seine Auswirkungen umsetzen werden. Die Projekte werden von den Trägern Roma Informations Centrum e.V. und Roma Trial e.V. umgesetzt und durch die Integrationsabteilung der SenIAS gefördert. Im Jahr 2020 wurde Amaro Foro und das Roma Informations Centrum e.V. in einem gemeinsamen Projekt im Rahmen des Community Building durch die Integrationsabteilung der SenIAS gefördert.

Durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wurde im Jahr 2018 die Publikation „Sinti und Roma in Berlin – 28 Fragen und Antworten“ der Berliner Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Landesrat der Roma und Sinti Berlin-Brandenburg e.V. veröffentlicht.

Für das Frühjahr 2021 ist eine jeweils einwöchige Hospitation von zwei Mitarbeitenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma bei der Polizeiakademie der Polizei Berlin geplant. Mit dem Ziel der Förderung einer besseren und engeren Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Fortbildung sollen Einblicke in verschiedene Bereiche der Polizeiakademie gegeben werden. Darüber hinaus soll die bereits 2017 begonnene Zusammenarbeit im Rahmen der Tagesseminare zur politischen Bildung wieder aufgenommen werden. Für das Jahr 2021 sind drei gemeinsame Seminare bzw. Workshops in Vorbereitung.

In der für die politische Bildung zuständigen Fachgruppe der Polizeiakademie wird zurzeit die Durchführung mehrerer gemeinsamer Projektstage zum Thema

„Antiziganismus“ erarbeitet. Die Durchführung soll gemeinsam mit Vertretenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma erfolgen.

4. Über wie viele der antiziganistischen Vorfälle seit 2017 hat die Polizei Berlin eine öffentliche Meldung herausgebracht? (Bitte einzeln nach Meldung aufschlüsseln.)

Zu 4.:

Es wird auf die Anlage verwiesen. Zu den Sachverhalten mit den Tatzeiten 22.11.2019 sowie 24.04.2020 wurden durch die Polizei Berlin Pressemitteilungen veröffentlicht.

5. Wie viele antiziganistische Vorfälle kamen seit 2017 aus dem extrem rechten Spektrum? (Bitte einzeln nach Delikt, Datum und Organisation aufschlüsseln.)

Zu 5.:

Es wird auf die Anlage verwiesen.

6. Welche konkreten Maßnahmen und Beratungsstellen mit welchen jeweiligen Beratungsangeboten wurden seit 2018 in Berlin für Menschen, die von Antiziganismus betroffen sind, neu eingeführt? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 6.:

Gemäß dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wurde im Oktober 2020 die unabhängige Ombudsstelle zum LADG eingerichtet. Die LADG-Ombudsstelle unterstützt und berät Personen kostenfrei bei der Durchsetzung ihrer Rechte und steht damit auch Betroffenen von Antiziganismus zur Verfügung.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung zur Frage 3. verwiesen.

7. Wie häufig wurden Beratungsangebote von Betroffenen in den Jahren 2019 und 2020 nach Kenntnis des Senats wahrgenommen?

Zu 7.:

Im Projekt „Dokumentation von antiziganistisch motivierten Vorfällen. Stärkung der Opfer von Diskriminierung - DOSTA“ wurden im Jahr 2019 58 Erstberatungen festgehalten. Für das Jahr 2020 liegt noch keine Auswertung des Trägers zu den Beratungszahlen vor. Beim Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg wurden sieben Beratungen zu antiziganistisch motivierten Vorfällen im Jahr 2019 vorgenommen. Im Jahr 2020 wurden bisher vier Fälle dokumentiert.

In der Ombudsstelle zum LADG wurde seit Oktober in Bezug auf einen Fall eine entsprechende Beratung wahrgenommen.

Das Projekt OPRA führt die Diskriminierungsmerkmale für die von dort betreuten Klientinnen und Klienten nicht auf. Das Projekt ReachOut erfasst in seiner Aufzählung von Beratungsfällen „Rassismus“ als übergreifendes Diskriminierungsmerkmal. Antiziganismus als Motiv wird nicht gesondert ausgewiesen.

8. Welche Kenntnisse hat der Senat über antiziganistische Vorfälle an Berliner Schulen seit 2017?

Zu 8.:

Bezüglich bekanntgewordener Straftaten wird auf die Anlage verwiesen. Der Sachverhalt mit der Tatzeit 05.11.2020 ereignete sich an einer Schule.

Bezüglich Beschwerden wird auf die Beantwortung der Fragen 5., 5a. bis 5e. in der Drucksache 18/24580 verwiesen. Dort wird detailliert aufgelistet, wie viele Beschwerden wegen Diskriminierung im schulischen Kontext seit 2015 bei der Beschwerdestelle der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie eingegangen sind und wie der Senat die Schulen und Betroffenen bei der Aufarbeitung solcher Beschwerden begleitet.

9. Inwieweit wurden seit der Beantwortung unserer Schriftlichen Anfrage auf Drs. 18/20454 welche weiteren Bildungs- und Sensibilisierungsprogramme an Berliner Schulen wann genau implementiert und lässt sich dadurch ein Rückgang antiziganistischer Vorfälle an Berliner Schulen verzeichnen?

Zu 9.:

Den Schulen steht eine Vielzahl an Unterstützungsangeboten zur Verfügung, beispielsweise Antidiskriminierungsworkshops und Prozessbegleitung bei der Schulentwicklung.

Die Regionale Fortbildung Berlin für Lehrkräfte bietet nachfrageorientiert und bedarfsgerecht Veranstaltungen zu dem Thema an.

Für Lehrkräfte der Sekundarstufen gibt es Fortbildungen in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, welche Materialien für den Unterricht zum Widerstand von Sinti und Roma gegen den Nationalsozialismus in den Mittelpunkt stellen.

Im Rahmenlehrplan sind die Akzeptanz von Vielfalt und die interkulturelle Bildung als verpflichtende fachübergreifende Themen verankert.

Zur pädagogischen Prävention von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, beispielsweise in Form von Antiziganismus, wird in Berlin ein breiter Ansatz gewählt. Dabei wird grundlegend auf die Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt, die Erziehung zur Gewaltfreiheit und Toleranz und die Ermutigung zur kritischen Reflexion über eigene Vorurteile abgezielt.

Mit dem Projekt „Pro Respekt – gewaltfreie Schulen demokratisch entwickeln“ wurden in den Schulen mit besonderen Problemlagen die Ressourcen durch zusätzliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aufgestockt.

Bezüglich der Fallzahlenentwicklung wird auf die Antwort zur Frage 8. verwiesen.

10. Wie viele Übergriffe gab es seit 2017 im Besonderen auf wohnungslose Sint\*ezze und Rom\*nja in Berlin und durch wen? (Bitte einzeln nach Delikt, Bezirk, Datum und Tatmotiv aufschlüsseln.)

Zu 10.:

Eine Auswertung im Sinne der Fragestellung ist im automatisierten Verfahren nicht möglich.

11. Wie hat der Senat seit der Beantwortung unserer Schriftlichen Anfrage auf Drs. 18/20454 bestehende Strukturen im Einsatz gegen Antiziganismus weiter ausgebaut, erweitert oder verstärkt?

Zu 11.:

Es wird auf die Beantwortung der Fragen 2 und 3 verwiesen.

Berlin, den 22. Dezember 2020  
In Vertretung

Torsten Akmann  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport



## Anlage

Legende:

StGB	Strafgesetzbuch
PMK –rechts-	Politisch Motivierte Kriminalität –rechts-
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
§ 130 StGB	Volksverhetzung
§ 185 StGB	Beleidigung
§ 189 StGB	Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener
§ 212 StGB	Totschlag
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung
§ 241 StGB	Bedrohung
§ 253 StGB	Erpressung
§ 303 StGB	Sachbeschädigung
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung

<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK –rechts-</b>
§ 130 StGB	02.01.2017	Im Rahmen einer versuchten schweren Brandstiftung wurden im verbliebenen Ruß verschiedene antiziganistische Schriftzüge festgestellt.	Kreuzberg	ja
§ 130 StGB	08.02.2017	Unbekannte Täter schrieben an die Wand des Treppenhauses einen antiziganistischen Schriftzug.	Mitte	ja
§ 130 StGB	01.03.2017	Auf Youtube wurde ein antiziganistischer Kommentar veröffentlicht.	Tempelhof	ja

<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK -rechts-</b>
§ 224 StGB	06.04.2017	Der unbekannte Täter beleidigte die Geschädigte mehrfach antiziganistisch und bewarf sie mit einem Stein.	Neukölln	nein
§ 185 StGB	09.04.2017	Zwei unbekannte Täter beleidigten die Geschädigte antiziganistisch.	Neukölln	nein
§ 130 StGB	22.04.2017	Der Anzeigende stellte ein Video einer Straßenumfrage auf Youtube ein mit der Frage: "Was wissen sie über Sinti und Roma?" Dazu wurden zwei antiziganistische Kommentare veröffentlicht.	Friedrichshain	ja
§ 130 StGB	13.10.2017	Der Geschädigte wurde von einem unbekannt gebliebenen Mann antiziganistisch beleidigt.	Weißensee	ja
§ 185 StGB	21.10.2017	Die Geschädigte wurde antiziganistisch beleidigt.	Neu- Hohenschönhausen	ja
§ 185 StGB	09.01.2018	Per E-Mail wurde die Geschädigte u. a. antiziganistisch beleidigt.	Mitte	ja
§ 130 StGB	12.02.2018	Unbekannte Täter schrieben einen antiziganistischen Schriftzug in einen Fahrstuhl.	Prenzlauer Berg	ja
§ 130 StGB	18.03.2018	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands Pankow veröffentlichte einen antiziganistischen Beitrag auf Facebook.	Neukölln	ja

<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK -rechts-</b>
§ 241 StGB	25.03.2018	Die Tatverdächtige machte gegenüber der Geschädigten die Geste des Halsdurchschneidens, nachdem sie diese antiziganistisch beleidigt hatte.	Altglienicke	ja
§ 130 StGB	28.03.2018	Der Tatverdächtige kommentierte einen Youtube-Beitrag antiziganistisch.	Tempelhof	nein
§ 130 StGB	09.04.2018	In mehreren Briefkästen wurden Flugblätter mit volksverhetzendem Inhalt eingeworfen.	Halensee	ja
§ 86a StGB	09.05.2018	Die beiden Tatverdächtigen beleidigten die Geschädigten ausländerfeindlich und antiziganistisch. Des Weiteren äußerten sie sich rechtsgerichtet.	Pankow	ja
§ 185 StGB	29.06.2018	Die Geschädigte wurde durch einen unbekannten Täter antiziganistisch beleidigt.	Pankow	ja
§ 130 StGB	08.07.2018	Unbekannte Täter sprühten islamfeindliche und antiziganistische Schriftzüge an eine Hauswand.	Adlershof	ja
§ 303 StGB	08.07.2018	Unbekannte Täter besprühten eine Straße mit antiziganistischen und islamfeindlichen Schriftzügen.	Adlershof	ja
§ 130 StGB	26.08.2018	Unbekannte Täter befestigten einen handgeschriebenen Zettel am Schaukasten der Kirchengemeinde mit antiziganistischem Inhalt.	Lichterfelde	ja
§ 185 StGB	27.08.2018	Die Tatverdächtige beleidigte den Geschädigten antiziganistisch.	Altglienicke	ja

<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK -rechts-</b>
§ 130 StGB	28.08.2018	Beim Zentralrat Deutscher Sinti & Roma ging eine E-Mail mit antiziganistischem Inhalt ein.	Kreuzberg	ja
§ 130 StGB	07.09.2018	Unbekannte Täter brachten ein Blatt Papier am Schaukasten der Kirchengemeinde mit volksverhetzendem Inhalt an.	Lichterfelde	ja
§ 185 StGB	02.10.2018	Der Tatverdächtige beschimpfte die Geschädigte antiziganistisch.	Kreuzberg	ja
§ 130 StGB	02.01.2019	Unbekannte Täter schrieben an die Türverglasung einer Kita volksverhetzende Schriftzüge.	Prenzlauer Berg	ja
§ 86a StGB	21.01.2019	Unbekannte Täter zeichneten ein Hakenkreuz und schrieben ausländerfeindliche und antiziganistische Schriftzüge auf einen Altkleidercontainer.	Adlershof	ja
§ 212 StGB	30.03.2019	Die drei Geschädigten sind rumänische Staatsangehörige und unterhielten sich in ihrer Landessprache in der U-Bahn. Plötzlich stand die Beschuldigte von ihrem Sitzplatz auf, ging zu den Geschädigten und beschimpfte diese. Es entwickelte sich ein Handgemenge, in dessen Verlauf die Beschuldigte ein Messer zog und auf die Geschädigten einstach.	Wedding	ja
§ 185 StGB	18.04.2019	Die Geschädigten wurden antiziganistisch beleidigt.	Buckow	ja

<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK -rechts-</b>
§ 130 StGB	23.04.2019	Die Jüdische Gemeinde zu Berlin erhielt eine E-Mail mit antisemitischem und antiziganistischem Inhalt.	Charlottenburg	ja
§ 130 StGB	25.04.2019	Der Tatverdächtige verschickte eine E-Mail mit antiziganistischem Inhalt.	Wedding	ja
§ 130 StGB	10.05.2019	Der Tatverdächtige beleidigte die Geschädigten antiziganistisch.	Weißensee	ja
§ 185 StGB	06.06.2019	Die Geschädigte wurde im Rahmen einer Fahrscheinkontrolle durch den Kontrolleur antiziganistisch beleidigt.	Oberschöneweide	ja
§ 130 StGB	14.06.2019	Auf hinterlassenem Sperrmüll wurde auf einer Schranktür islamfeindliche und antiziganistische Schriftzüge festgestellt.	Adlershof	ja
§ 241 StGB	14.06.2019	Der Geschädigte wurde vom Tatverdächtigen antiziganistisch beleidigt.	Mitte	ja
§ 185 StGB	27.06.2019	Die Geschädigte wurde durch einen unbekannten Mann antiziganistisch beleidigt.	Spandau	ja
§ 185 StGB	09.07.2019	In einem Hotel ging eine bedrohliche und ausländerfeindliche E-Mail zum Nachteil der Geschäftsführerin ein. Anlass war, dass man der Partei Alternative für Deutschland eine geplante Veranstaltung kurzfristig abgesagt hat.	Mitte	ja

<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK -rechts-</b>
§ 304 StGB	13.07.2019	Unbekannte Täter zerkratzten die Glasscheiben des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas.	Tiergarten	ja
§ 189 StGB	25.07.2019	Die Gedenktafel für Johann Trollmann wurde von unbekannten Tätern durch Fäkalien verschmutzt. Johann Trollmann war ein deutscher Boxer, der einer sinto-deutschen Familie entstammte und 1944 in einem Konzentrationslager ermordet wurde.	Kreuzberg	ja
§ 86a StGB	28.07.2019	Der Tatverdächtige zeigte auf dem Breitscheidplatz den "Hitlergruß" und äußerte sich lautstark antiziganistisch.	Charlottenburg	ja
§ 86a StGB	02.08.2019	Beim Leitungsbüro des Landeskriminalamtes ging eine E-Mail mit antiziganistischem und rassistischem Inhalt ein. Des Weiteren enthielt sie eine rechtsgerichtete Grußformel.	Tempelhof	ja
§ 253 StGB	02.08.2019	Unbekannte Täter verschickten eine E-Mail an zahlreiche Empfänger (u.a. Presse, Hilfsorganisation oder Behörde) mit antiziganistischem und ausländerfeindlichem Inhalt. Des Weiteren wurde ein Geldbetrag in Kryptowährung gefordert.	Mitte	ja
§ 223 StGB	09.08.2019	Das geschädigte Kind wurde zunächst antiziganistisch beleidigt. Nachdem der Tatverdächtige sich vermeintlich entschuldigen wollte und der Geschädigte auf diesen zuging, schlug er ihm unvermittelt ins Gesicht.	Wedding	nein
§ 185 StGB	03.10.2019	Der Tatverdächtige beleidigte eine unbekannt gebliebene Frau antiziganistisch.	Rummelsburg	ja

<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK -rechts-</b>
§ 223 StGB	14.10.2019	Rumänische Staatsangehörige wurden von einem Sicherheitsdienst antiziganistisch beleidigt. Weiterhin erhielten einige Bewohner Schläge in den Bauch und in das Gesicht.	Gesundbrunnen	ja
§ 130 StGB	15.10.2019	Bei der schwer behinderten Mutter der Geschädigten wird beim Einkaufen an der Kasse nach jedem Einkauf die Handtasche durch die Kassierer durchsucht. Als die Geschädigte im Geschäft nach dem Grund fragte, äußerte sich die Tatverdächtige antiziganistisch.	Waidmannslust	ja
§ 185 StGB	22.11.2019	Während einer Taxifahrt fragte der vermutlich türkischstämmige Taxifahrer die Geschädigte nach ihrer Herkunft, die daraufhin das ehemalige Jugoslawien benannte. Der Taxifahrer äußerte sich daraufhin in türkischer Sprache abfällig, unterbrach unvermittelt die Fahrt und forderte die Geschädigte auf, das Taxi zu verlassen.	Moabit	nein
§ 130 StGB	19.02.2020	Ein unbekannter Facebook-Nutzer veröffentlichte einen volksverhetzenden Kommentar.	Tempelhof	ja
§ 185 StGB	04.04.2020	In einer Straßenbahn beschimpfte der alkoholisierte Tatverdächtige mehrere serbische Fahrgäste antiziganistisch.	Friedrichshain	ja
§ 224 StGB	09.04.2020	Ein unbekannter Mann auf einem Fahrrad beleidigte die Geschädigten antiziganistisch. Nachdem die Geschädigten daraufhin die Straßenseite wechselten, kam der Mann zurückgefahren und fuhr das geschädigte Kind gezielt an. Dadurch fiel dieses auf die Knie und verletzte sich leicht.	Buckow	ja

<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK -rechts-</b>
§ 224 StGB	13.04.2020	Ein unbekannter Radfahrer trat an den geschädigten Wachmann einer Flüchtlingsunterkunft heran und äußerte sich antiziganistisch. Als der Geschädigte ihn aufforderte, weiterzufahren, tätigte der Radfahrer diese Äußerungen erneut. Dann warf der Radfahrer sein Fahrrad auf den Geschädigten, sodass dieser stürzte.	Biesdorf	ja
§ 185 StGB	14.04.2020	Die Geschädigte wurde durch den Tatverdächtigen antiziganistisch beleidigt.	Kreuzberg	ja
§ 130 StGB	24.04.2020	Die drei Geschädigten trafen auf den Tatverdächtigen. Dieser hielt in seiner Hand eine Axt und schrie islamfeindliche und antiziganistische Äußerungen.	Reinickendorf	ja
§ 185 StGB	22.09.2020	Der Tatverdächtige beleidigte die Geschädigte antiziganistisch.	Lankwitz	ja
§ 224 StGB	19.10.2020	Die beiden Geschädigten wurden vom Tatverdächtigen antiziganistisch beleidigt. Dann schlug er unvermittelt mit der Faust mehrfach auf beide Geschädigten ein, sodass einer der beiden zu Boden ging. Der Tatverdächtige nahm dann den Rollator eines Geschädigten auf, ging auf den anderen zu und holte zum Schlag aus. Der Geschädigte konnte den Tatverdächtigen mit seinem Gehstock wegstoßen.	Gropiusstadt	ja
§ 185 StGB	01.11.2020	Der Geschädigte wurde durch die Tatverdächtige antiziganistisch beleidigt.	Charlottenburg	ja



<b>Zähl- delikt</b>	<b>Tatzeit</b>	<b>Sachverhalt</b>	<b>Ortsteil</b>	<b>Zuordnung zur PMK -rechts-</b>
§ 185 StGB	02.11.2020	Unbekannte Tatverdächtige schrieben einen antiziganistischen Schriftzug an eine Hauseingangstür. Des Weiteren waren drei Namensschilder am Klingeltableau und die Außenseite der Wohnungstür der Geschädigten mit Farbe beschmiert.	Hellersdorf	ja
§ 185 StGB	05.11.2020	Die Lehrerin eines Deutschkurses beschimpfte die Geschädigte antiziganistisch.	Charlottenburg	ja

Quelle: KPMD-PMK, Tag der Erhebung: 14. Dezember 2020